Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 36. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 31.03.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

4. Festlegung von Rahmenbedingungen für die Schulentwicklungsplanung der Berufskollegs - DS-Nr.: 6387 -

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da ihr noch wesentliche Informationen für eine Entscheidung fehlten. Ihrer Bitte, die Unterlagen des Beratungsunternehmens conceptk zur Verfügung zu stellen, sei die Verwaltung nicht nachgekommen, weshalb sie Akteneinsicht genommen habe. Die gewonnenen Informationen würden ihr allerdings bei der Entscheidungsfindung nicht weiterhelfen. Ihre Anfrage, aus welchen Kommunen die Schülerinnen und Schüler an die Berufskollegs kämen, sei noch nicht beantwortet worden. Zudem sollen die Schülerzahlen und die Prognose der Schülerzahlen für die kommenden Jahre erst im Juni d. J. vorgestellt werden. Für sie sei deshalb nicht ersichtlich, weshalb die Entscheidung heute schon getroffen werden solle. Die Schulverwaltung sei nicht gehindert, an der Schulentwicklung weiter zu arbeiten. Sie wünsche sich, dass innovative Berufe in den Blick genommen würden, für die es derzeit kaum Angebote an den Berufskollegs gebe. Darüber hinaus sei es ihr ein Anliegen, die bauliche Situation der Berufskollegs weiterzubearbeiten, und zu erfahren, wie der bauliche Zustand der Gebäude sei, wie es mit diesen weitergehe, was notwendig sei, um diese zu ertüchtigen und welche Resultate aus der Bestandsaufnahme folgten.

Die CDU-Fraktion entgegnete, die Ablehnung des Beschlussvorschlages nicht nachvollziehen zu können, da der Beschluss gefasst werden solle, damit man zu den aufgezeigten Möglichkeiten komme und insbesondere die dringlichen Baumaßnahmen am Carl-Miele- sowie Reinhard-Mohn-Berufskolleg schnell in Angriff genommen werden könnten. Es gehe um eine Grundsatzentscheidung und sie könne sich dem Vorschlag der Verwaltung, die fünf Berufskollegs an den drei Standorten beizubehalten, anschließen. Sie werde daher dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Die GRÜNE-Fraktion teilte mit, dass sie ebenfalls dem Beschlussvorschlag zustimmen könne. Der Rahmen müsse jetzt gesetzt werden; die von der SPD-Fraktion genannten Detailaspekte könnten bei der Konzepterstellung behandelt werden. Ferner sei ihr wichtig, dass man auch die finanziellen Folgen frühzeitig in den Blick nehme und transparent kommuniziere. Es sei bereits von einem dreistelligen Millionenbetrag die Rede, um alle baulichen Maßnahmen und Sanierungen abzuwickeln.

Die Verwaltung äußerte, dass womöglich bei der SPD-Fraktion ein gewisses Missverständnis darüber herrsche, welche Form von Planung bisher erstellt worden sei und was noch an Informationen fehle. Die Beschlussfassung diene dazu, gemeinsam die Planung in eine bestimmte Richtung weiterzuentwickeln. Nur wenn die Angelegenheit auf den Weg gebracht werde, sei man in der Lage, die konkreten Raumprogramme zu erstellen, die u. a. benötigt würden, um für die schadstoffbelasteten Berufskollegs am Campus Gütersloh Beschlüsse herbeiführen zu können.

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport habe sie zur Anfrage der SPD-Fraktion dargestellt, dass die gewünschten Daten nicht vorlägen. Diese würden aber für die hier interessierende Frage auch nicht die Rolle spielen, die die SPD-Fraktion diesen offenbar beimesse. Ihr lägen lediglich Ein- und Auspendlerdaten vor, die sich auf das gesamte Kreisgebiet bezögen; wie viele Schülerinnen und Schüler aus dem Kreisgebiet heraus- oder in dieses hineinführen. Wie sich die Wege der Schülerinnen und Schüler innerhalb des Kreisgebietes verteilten, könne auch bei Vorliegen der Daten nicht beantwortet werden. Sie denke, dass alle Fakten vorlägen, um den Anstoß zu geben.

Die SPD-Fraktion brachte ein, dass es mit Blick auf die in Rede stehenden hohen Summen sinnvoll sein könne, die gewünschten Daten zu erheben. Der Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe erhebe für den ÖPNV zahlreiche Daten; dies erfolge nicht alles analog, sondern auch auf Basis von Telefondatenauswertungen. Insofern könne sie sich nicht vorstellen, dass damit ein großer zusätzlicher Aufwand einhergehe. Des Weiteren merkte sie an, dass ihr noch unklar sei, was mit dem Begriff „Campus“ gemeint sei. Der Vorlage nach werde der Begriff für die Zusammenlegung aller Berufskollegs verwandt, wohingegen die Verwaltung den Begriff gerade noch für die Berufskollegs am Standort Gütersloh verwendet habe. Ferner stellte sie heraus, dass man mit dieser Grundsatzentscheidung den neuen Kreistag grundsätzlich binde. Sie werde den Beschlussvorschlag nicht ablehnen, sondern sich bei der Abstimmung enthalten.

In Ergänzung der bisherigen Ausführungen trug sie vor, dass der Vorlage zu entnehmen sei, dass man durch die Beibehaltung der drei Standorte Fahrtwege einsparen wolle. Sie wolle verlässliche Zahlen haben, damit man nicht aus dem Bauch heraus entscheide. Zudem müsse man die Prognose der Schülerzahlen kennen, um die Größe der Berufskollegs festzulegen. Des Weiteren sei ihr nicht klar, warum die Bearbeitung der Aufgaben so sequenziell erfolge. So verstehe sie nicht, warum zuerst die Beibehaltung der Bildungsgänge an den jeweiligen Schulen zu entscheiden sei und nicht zeitgleich die Gebäude der Schulen begutachtet werden könnten.

Die CDU-Fraktion wies zur Profilbildung der Berufskollegs hin, dass diese grundsätzlich beibehalten werde, aber auch noch Bildungsgänge für innovative Berufe hinzukommen oder andere Bildungsgänge wegfallen könnten. Zur Äußerung, dass der Beschluss über die Wahl hinaus binde, merkte sie an, dass man sich bereits seit längerer Zeit mit diesem Thema befasse und es ohne den Beschluss zu einem Arbeitsstau komme. Darüber hinaus äußerte sie, dass man an den großen Standorten im Kreisgebiet bereits eine Campus-Lösung habe. Ferner zeigte sie auf, dass im Kreis Wesel ein Berufskolleg-Campus in Moers gebaut worden sei und zudem Dinslaken und Wesel Berufskolleg-Standorte seien; im Kreis Borken seien Bocholt, Borken und Ahaus Berufskolleg-Standorte. Die Schülerinnen und Schüler müssten auch in Flächenkreisen die Möglichkeit haben, die Standorte gut zu erreichen.

Die UWG-Fraktion erklärte, ebenfalls dem Beschlussvorschlag zustimmen zu können. Man müsse jetzt Fakten schaffen, um die Sanierungen voranzutreiben. Des Weiteren kritisierte sie die von der SPD-Fraktion gewünschte Datenerhebung; eine stichtagsbezogene Erfassung von Pendlerdaten gebe auch keinen Ausblick in die Zukunft. Jeder habe die Schülerzahlen und wisse wie die Schulentwicklung aussehe. Auf eine Äußerung der SPD-Fraktion entgegnete die UWG-Fraktion, dass die Schulentwicklungszahlen von den Grundschulen bekannt seien und man auf dieser Basis Hochrechnungen vornehmen könne. Auch die Bevölkerungsentwicklung im Kreis sei bekannt.

Die SPD-Fraktion brachte ein, dass die Verwaltung nicht gehindert sei, an den baulichen Punkten weiterzuarbeiten und zu den Sitzungen im Juni d. J. etwas vorzulegen. Auf ihre Nachfrage zu einer Campus-Lösung antwortete der Landrat, dass in der Vorlage deutlich gemacht worden sei, dass man die bisherigen Standorte beibehalten wolle. Die gestellten Fragen würden im Laufe des Prozesses geklärt. Ergänzend stellte die Verwaltung klar, dass der Begriff „Campus“ nicht geschützt sei und damit einfach ein Areal gemeint sei, auf dem sich etwas befinde.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass ihr sei nicht klar, wie die Verwaltung Raumprogramme erarbeiten wolle, wenn es noch keine Schülerzahlen und Prognosedaten gebe. Theoretisch lägen viele Daten vor, diese müssten aber auch ausgewertet und bezüglich der Berufskollegs analysiert sowie aufbereitet werden. Sie finde es merkwürdig, auf Basis eines Sachstandsberichts eine Vorentscheidung zu treffen.

Die AfD-Fraktion teilte mit, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Die FDP-Fraktion führte aus, dass sie keine Bedenken habe, einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Man habe damit weiterhin die Möglichkeit, Feinabstimmungen vorzunehmen oder Synergien zu schaffen. Auch hätten im Vorhinein ausführliche Gespräche stattgefunden. Die Schülerzahlprognosen wären für die

heutige Entscheidung lediglich relevant, wenn es Anhaltspunkte für eine Prognose gebe, die letztlich einen Standort in Frage stelle; dies sei nicht der Fall.

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

1. Die folgenden im Rahmen der Schulentwicklungsplanung für die Berufskollegs im Kreis Gütersloh erarbeiteten pädagogischen Rahmenbedingungen werden beschlossen und dienen als Basis für den weiteren Prozess der Schulentwicklungsplanung:

   - Erhalt aller fünf Berufskollegs und deren Standorte (Gütersloh, Halle (Westf.) und Rheda-Wiedenbrück)
   - Die aktuelle Profilbildung der Berufskollegs wird grds. beibehalten.
   - Berufliche Orientierung in den Anlagen A und B (Ausbildungsvorbereitung und Berufsfachschule) soll an allen drei Standorten in möglichst vielen Fachbereichen möglich sein.
   - Die Konzentrierung von Bildungsgängen in unterschiedlichen Profilen wird geprüft mit dem Ziel, die Qualität der Ausbildungsräumlichkeiten sicherzustellen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.
   - Multifunktionale Raumnutzungen werden so intensiv wie möglich angestrebt, um auf Veränderungen in der beruflichen Bildung mit einem hohen Maß an Flexibilität reagieren zu können.

2. Auf Basis der pädagogischen Rahmenbedingungen und der noch zu erstellenden Raumprogramme wird die Verwaltung beauftragt, notwendige bauliche Maßnahmen für alle Standorte zu definieren und zur Entscheidung vorzuschlagen. Zur Erhöhung der Flexibilität sollen bei den Planungen Synergien einer gemeinsamen Nutzung von Räumlichkeiten berufskollegübergreifend angestrebt werden.

Ergebnis: Einstimmig, 3 Stimmenthaltungen